

Bericht

des

schweizerischen Bundesgerichts an die Bundesversammlung über seine Geschäftsführung im Jahre 1936

(Vom 27. Februar 1937.)

Herr Präsident!

Hochgeehrte Herren!

Wir haben die Ehre, Ihnen gemäss Art. 47 des Bundesgesetzes über die Organisation der Bundesrechtspflege über unsere Amtstätigkeit im Jahre 1936 Bericht zu erstatten.

A. Allgemeines

Zu Beginn des Berichtsjahres war eine Richterstelle unbesetzt. Am 25. März ist Herr Bundesrichter Dr. Theodor Weiss, am 28. September Herr Dr. Hans Affolter gestorben. Auf Ende des Jahres traten von ihrem Amte zurück die Herren Dr. Agostino Soldati, Dr. Heinrich Honegger, Dr. Arthur Couchepin und Dr. Johann Karl Engeler. Es wurden gewählt am 16. Januar Herr Dr. Wilhelm Stauffer, Obergerichter in Bern; am 17. Dezember die Herren Dr. August Ernst, Obergerichter in Aarau; Dr. Eugen Hasler, Obergerichter in Zürich; Walter Leuenberger, Obergerichter in Bern; Dr. Carlo Pometta, Bundesgerichtssekretär in Lausanne; Dr. Louis Couchepin, Advokat in Martigny, und Dr. Wilhelm Schönenberger, Universitätsprofessor in Freiburg.

Die im ersten Halbjahr verstorbenen Ersatzmänner Dr. Stefano Gabuzzi und Alphonse Dubuis wurden am 18. Juni ersetzt durch die Herren Jean Spiro, Advokat in Lausanne, und Attilio Zanolini, Advokat in Locarno.

Das Bundesgericht hat am 23. Dezember seine Abteilungen und Kammern für die Jahre 1937 und 1938 bestellt. Zum Vorsitzenden der I. Zivilabteilung wurde gewählt Herr Bundesrichter Robert.

Als eidgenössische Untersuchungsrichter sind zurückgetreten Herr Dr. Angelo Bonzanigo auf den 1. Januar 1936, Herr Hans Rohr auf den 1. Januar 1937. Es wurden gewählt Herr Arthur Weissenbach in Lugano für das italienische, Herr Dr. Fr. Rickenbacher in Goldau für das deutsche Sprachgebiet.

Als Präsidenten der eidgenössischen Schätzungskommissionen waren zu ersetzen die Herren Joseph Dufour in Sitten infolge Todes, Hans Itten in Interlaken infolge Rücktrittes. Gewählt wurden Herr Josef Burgener, Advokat in Sitten, für den zweiten, und Herr L. Bueche, Architekt in St. Immer, für den dritten Schätzungskreis.

Auf Wunsch des Justizdepartements hat das Bundesgericht Vorschläge für eine Teilrevision des Bundesgesetzes über die Organisation der Bundesrechtspflege ausgearbeitet. Nachdem indessen die nationalrätliche Kommission eine ablehnende Haltung eingenommen hatte, hat der Bundesrat die auf Grund unsrer Vorschläge ausgearbeitete Revisionsvorlage zurückgezogen. Das Geschäft wurde von den eidgenössischen Räten abgeschrieben. Damit ist auf die Möglichkeit einer Herabsetzung der Richterzahl, die im Jahre vorher gewünscht worden war, verzichtet worden. Es können nun aber auch einige Vorschläge, deren Durchführung nach Meinung des Gerichts im Interesse der Rechtsprechung gelegen hätte, nicht sofort verwirklicht werden.

Die Geschäftslast ist neuerdings gestiegen. Die Eingänge belaufen sich auf 2221 gegenüber 2157 im Vorjahr. An der Zunahme nehmen hauptsächlich teil die Zivilsachen mit 58, die Strafsachen mit 11 und die staatsrechtlichen Streitigkeiten mit 6 Geschäften; etwas abgenommen haben die verwaltungsrechtlichen Streitigkeiten (5) und die Geschäfte betreffend Schuldbetreibung und Konkurs (9). — Erledigt wurden 149 Geschäfte mehr als im Vorjahr, die Überträge auf das neue Jahr vermindern sich um 75, von 538 auf 463.

Die Gesamtzahl der Sitzungen beläuft sich im Berichtsjahr auf 242 (gegenüber 231 im Jahre 1935). Sie verteilt sich wie folgt:

Plenum	3
I. Zivilabteilung	76
II. Zivilabteilung	73
Staatsrechtliche Abteilung	40
Verwaltungsrechtliche Kammer	11
Kammer für Beamtensachen	10
Schuldbetreibungs- und Konkurskammer	15
Anklagekammer	4
Kassationshof	7
Bundesstrafgericht	3
	<hr/>
Total	242

Statistik über die Erledigungen von 1932 bis 1936

Natur der Streitsache	1932			1933			1934			1935			1936			Auf 1937 übertragen	
	Von 1931 übertragen	Neu eingegangen	Erledigt	Von 1932 übertragen	Neu eingegangen	Erledigt	Von 1933 übertragen	Neu eingegangen	Erledigt	Von 1934 übertragen	Neu eingegangen	Erledigt	Von 1935 übertragen	Neu eingegangen	Erledigt		
<i>I. Zivilsachen:</i>																	
1. Erst- u. letztinstanzlich zu beurteilende Zivilsachen	15	12	12	15	14	13	16	14	17	13	9	9	18	18	14	17	
2. Berufungen gegen Urteile kantonaler Gerichte	90	523	524	89	503	484	108	478	487	99	499	484	114	553	532	135	
3. Zivilrechtl. Beschwerden	9	32	35	6	42	38	10	55	54	11	64	69	6	70	71	5	
4. Andere Zivilsachen (Revisions-, Erläuterungs- und Moderationsbegehren)	2	17	16	3	19	17	5	22	24	3	20	21	2	20	20	2	
5. Rekurse in Expropriationssachen	49	15	50	14	33	13	34	22	38	18	23	22	19	12	22	9	
<i>II. Strafsachen</i>	9	24	28	5	34	29	10	66	59	17	76	70	23	87	90	20	
<i>III. Staatsrechtliche Streitigkeiten</i>	155	613	587	181	673	629	225	730	676	279	744	747	276	750	825	201	
<i>IV. Verwaltungsrechtliche Streitigkeiten</i>	65	181	198	48	201	169	80	179	205	54	179	180	53	174	187	40	
<i>V. a. Beschwerden betr. das Schuldbetriebs- und Konkurswesen</i>	15	356	359	12	418	402	28	489	502	15	484	487	12	477	476	13	
<i>b. Hotel- und Sichererpfandschätzungen</i>	—	4	—	4	48	48	4	53	44	13	37	45	5	35	35	5	
<i>c. Eisenbahn-Zwangsliquidationsbegehren und -Sanierungen</i>	3	10	6	7	14	9	12	14	21	5	21	12	14	21	19	16	
<i>VI. Freiwillige Gerichtsbarh.</i>	—	2	2	—	1	1	—	4	3	1	1	1	1	4	5	—	
Total	412	1789	1817	384	2000	1852	532	2126	2130	528	2157	2147	538	2321	2296	463	

B. Spezieller Teil

I. Zivilrechtspflege

Eine Übersicht über die Zivilsachen, mit denen sich das Bundesgericht im Jahre 1936 zu befassen hatte, gibt folgende Tabelle:

Natur der Streitsache	Von 1935 übertragen	Neu eingegangen	Total	Erledigt	Auf 1937 übertragen
1. Vom Bundesgericht als einziger Zivilgerichtsinstanz zu beurteilende Streitsachen (Art. 48—52 OG) . . .	13	18	31	14	17
2. Berufungen (Art. 56 f. OG)	114	553	667	532	135
3. Zivilrechtliche Beschwerden (Art. 86 und 87 OG) . .	6	70	76	71	5
4. Revisions-, Erläuterungs- und Moderationsbegehren . . .	2	20	22	20	2
5. Rekurse in Expropriations- sachen	19	12	31	22	9
Total	154	673	827	659	168

Von den Berufungen wurden 252 abgewiesen, 86 ganz oder teilweise gutgeheissen, 102 durch Rückzug oder Vergleich erledigt, auf 71 wurde nicht eingetreten und 21 Fälle wurden an die Vorinstanz zurückgewiesen.

II. Strafrechtspflege

a. Die Anklagekammer hatte sich, neben der Entgegennahme von Mitteilungen über die Anhebung bzw. Durchführung von Strafuntersuchungen durch die eidgenössischen Untersuchungsrichter bzw. deren Stellvertreter, mit folgenden 4 Fällen zu befassen:

1. Bundesanwaltschaft gegen Duttweiler betreffend Amtsehrverletzung. — Die Anklage wurde zugelassen.
2. Bundesanwaltschaft gegen Colombi und Konsorten betreffend Landesverrat. Es wurde Vormerk genommen vom übereinstimmenden Beschluss der Bundesanwaltschaft und des eidgenössischen Untersuchungsrichters dahingehend, die Untersuchung fallen zu lassen, unter Überbindung eines Teils der Kosten an zwei der Beschuldigten (Colombi und Bontempi).

3. Bontempi gegen eidgenössischen Untersuchungsrichter für die italienische Schweiz, betreffend Kostenaufgabe (Angelegenheit «Adula»). Auf die Beschwerde wurde nicht eingetreten (Verspätung).
4. Staatsrat Wallis gegen Staatsrat Waadt, Beschwerde wegen verweigerter Rechtshilfe (Auslieferung). Die Beschwerde wurde abgewiesen.

b. Das Bundesstrafgericht hatte einen einzigen Fall zu beurteilen: Bundesanwaltschaft gegen Duttweiler. Seine Sitzung fand in Bern statt. Der Angeklagte wurde der Amtsehrverletzung, begangen gegenüber einem Mitgliede der Bundesversammlung (Art. 59 BStrB), schuldig befunden und zu einer Geldbusse von Fr. 2000 verurteilt. Gegen das Urteil ist (ohne Erfolg) beim Kassationshof des Bundesgerichts Beschwerde geführt worden.

c. Kassationshof. Die Zahl der anhängigen Geschäfte betrug 105 (im Vorjahr 90), von denen 23 aus dem Jahre 1935 stammen.

Davon wurden erledigt:

durch Gutheissung der Beschwerde	23
» Abweisung der Beschwerde	39
» Nichteintreten auf die Beschwerde.	19
» Rückzug der Beschwerde	4
	85
Unerledigt blieben	<u>20</u>

III. Staatsrechtspflege

Die im Jahre 1936 beim Staatsgerichtshof anhängig gewesenen Streitigkeiten verteilen sich ihrer Natur nach wie folgt:

Natur der Streitsache	Übertragen aus dem Vorjahre	Neu eingegangen	Total	Erledigt	Auf 1937 übertragen
1. Streitigkeiten zwischen Bundesbehörden und Kantonalbehörden (Art. 175 ¹ OG)	—	1	1	1	—
2. Streitigkeiten zwischen Kantonen (Art. 175 ² OG)	1	8	9	5	4
3. Beschwerden von Privaten und Korporationen (Art. 175 ³ OG)	271	728	999	805	194
4. Beschwerden betreffend die politische Stimmberechtigung und betreffend kantonale Wahlen und Abstimmungen (Art. 180 ⁵ OG)	1	5	6	4	2
5. Einsprachen gegen Auslieferungsbegehren fremder Staaten (Art. 181 OG)	2	1	3	2	1
6. Revisions-, Erläuterungs- und Moderationsbegehren	1	7	8	8	—
	276	750	1026	825	201

Von den auf 1937 übertragenen Geschäften stammen eines aus dem Jahre 1929, eines aus dem Jahre 1930, 12 aus dem Jahre 1934 und 20 aus dem Jahre 1935. Die Erledigung wurde meistens durch die Hängigkeit ausserordentlicher kantonaler Rechtsmittel verzögert. Die übrigen 167 Geschäfte sind im Berichtsjahre eingegangen (davon 124 in den Monaten November und Dezember).

Von den Beschwerden von Privaten und Korporationen (Ziffer 3 obiger Tabelle) sind 149 durch Nichteintreten, 93 durch ganze oder teilweise Gutheissung und 400 durch Abweisung erledigt worden; 163 sind zurückgezogen worden oder konnten als gegenstandslos beschrieben werden.

Von den 4 Beschwerden wegen politischer Stimmberechtigung und betreffend kantonale Wahlen und Abstimmungen (Ziff. 4) wurden 2 durch Abweisung und eine durch Nichteintreten erledigt; 1 Beschwerde wurde als gegenstandslos beschrieben.

In einem Falle wurde die Auslieferung an das Ausland (an Frankreich) bewilligt und in einem andern Falle die Auslieferung (an Frankreich) abgelehnt.

Vom Präsidenten der staatsrechtlichen Abteilung waren 219 Begehren um Erlass provisorischer Verfügungen im Sinne von Art. 185 OG zu behandeln.

15 Fälle gaben Anlass zu einem Meinungs austausch mit dem Bundesrat und dem eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartement über die Kompetenzfrage (Art. 194 OG).

IV. Verwaltungsrechtspflege

Die im Jahre 1936 anhängig gewesenen verwaltungsrechtlichen Streitigkeiten verteilen sich ihrer Natur nach wie folgt:

Natur der Streitsache	Übertragen aus dem Vorjahre	Neu eingegangen	Total	Erledigt	Auf 1937 übertragen
<i>I. Beschwerden betreffend bundesrechtliche Abgaben (Art. 4 a und 5 VDG):</i>					
a. Militärpflichtersatz	7	42	49	41	8
b. Neueausserordentliche Kriegssteuer	4	1	5	5	—
c. Eidgenössische Krisenabgabe . .	6	21	27	25	2
d. Stempelabgaben	1	3	4	4	—
e. Andere bundesrechtliche Abgaben	—	8	8	5	3
f. Konzessionsgebühren	1	1	2	2	—
g. Post- und Telephontaxen	—	3	3	3	—
<i>II. Beschwerden gemäss Art. 4 c VDG (Anhang):</i>					
<i>1. Registersachen:</i>					
a. Handelsregister	5	33	38	36	2
b. Grundbuch	—	5	5	3	2
2. Spielbanken und Lotterien	—	1	1	1	—
3. Privatversicherungsaufsicht	1	1	2	1	1
4. Zoll	1	7	8	7	1
5. Fabrik- und Gewerbewesen	—	11	11	8	3
6. Unterstellung unter die Unfallversicherung	—	5	5	4	1
<i>III. Andere verwaltungsgerichtliche Beschwerden:</i>					
1. Unterstellung unter das Bankengesetz	10	1	11	9	2
2. Kreditkassen mit Wartezeit	—	1	1	1	—
3. Deutsch-schweizerischer Verrechnungsverkehr	—	1	1	1	—
Übertrag	36	145	181	156	25

Natur der Streitsache	Übertragen aus dem Vorjahre	Neu eingegangen	Total	Erfledigt	Auf 1937 übertragen
Übertrag	36	145	181	156	25
<i>IV. Vermögensrechtliche Ansprüche aus dem Bundesbeamtenverhältnis (Art. 17 a VDG):</i>					
1. gegen die Versicherungskasse der Bundeszentralverwaltung	2	7	9	6	3
2. gegen die Versicherungskasse für das Personal der S. B. B.	2	5	7	5	2
3. gegen die Generaldirektion der S. B. B.	2	1	3	3	—
<i>V. Anstände über Befreiung von kantonalen Abgaben (Art. 18 a VDG) .</i>	2	4	6	4	2
<i>VI. Anstände zwischen Eisenbahnunternehmen und Privaten (Art. 18 c VDG)</i>	2	—	2	—	2
<i>VII. Andere verwaltungsrechtliche Streitigkeiten (Art. 18 e VDG)</i>	2	2	4	1	3
<i>VIII. Disziplinarrechtspflege (Art. 33 ff. VDG): Rekurse gegen Verfügungen:</i>					
a. der Bundeskanzlei	—	1	1	1	—
b. des Militärdepartements	1	—	1	1	—
c. des Finanzdepartements	—	1	1	1	—
d. der Oberzolldirektion	2	2	4	4	—
e. der S. B. B. Kreis I	2	3	5	3	2
„ II	—	1	1	1	—
„ III	—	2	2	1	1
Total	53	174	227	187	40

Die Streitigkeiten unter Ziffer II, 1, werden von den Zivilabteilungen, diejenigen unter Ziffern IV und VIII von der Kammer für Beamten-sachen erledigt.

Von den 227 anhängig gewesenen verwaltungsrechtlichen Streitigkeiten sind erledigt worden:

durch Nichteintreten	8	
» Rückzug oder Vergleich	28	
» ganze oder teilweise Guttheissung	33	
» Abweisung	118	
		187
auf das neue Jahr wurden übertragen	40	
		<u>227</u>

V. Schuldbetreibung und Konkurs

Da die Zusatzakte vom 4. Oktober 1935 zum Gerichtsstandsvertrag mit Frankreich nun auch den Ausländerarrest gegenüber Franzosen ermöglicht, während die gerichtliche Arrestprosequierung nach wie vor nur in Frankreich stattfinden kann, sieht der sie ratifizierende Bundesbeschluss vom 25. April 1936 eine Anpassung des Art. 278 SchKG durch bundesgerichtliche Verordnung vor; diese wurde am 29. Juni erlassen.

Die bundesgerichtliche Verordnung vom 11. April 1935 betreffend das Nachlassverfahren von Banken und Sparkassen wurde am 26. Februar 1936 ergänzt durch Bestimmungen, die den ursprünglich nicht vorgesehenen Fall betreffen, dass eine sogenannte gerichtliche Bankenstundung gemäss Art. 29 ff. des Bankengesetzes nachträglich in ein Nachlassverfahren übergeführt werden muss.

Die Abkommen mit Auslandstaaten über den Verrechnungsverkehr machten den Erlass zweier Kreisschreiben notwendig (Nrn. 25 und 26 vom 15. Januar und 4. April 1936 in BGE 62, III, S. 1 und 49; Bundesbl. 1936, I, S. 151 und 712).

Dem eidgenössischen Justizdepartement, das wegen beschleunigter Änderung einiger Bestimmungen des SchKG angegangen worden war, wurden bezügliche Vorschläge unterbreitet. Dem eidgenössischen Volkswirtschaftsdepartement wurde ein Gutachten über die Beschränkung der Zustellung des Handelsamtsblattes an die Betreibungsämter erstattet.

Inspektionen konnten keine vorgenommen werden. Von den daher wenig zahlreichen Weisungen verdient hervorgehoben zu werden diejenige an die Aufsichtsbehörde des Kantons Zürich über die Lastenbereinigung und Verteilung des Grundpfanderlöses in Fällen, wo der Inhaber eines Grundpfandtitels (oder die Adresse des Inhabers) unbekannt ist (BGE 62, II, S. 122).

Die Geschäftslast der Kammer, die seit 2 Jahren eine ausserordentliche Höhe erreicht hatte, ist im Berichtsjahr nur unwesentlich zurückgegangen.

Die Gesamtzahl der anhängigen Rekurse betrug 489 (10 weniger als im Vorjahre): davon waren aus dem Vorjahr übernommen 12; im Laufe des Jahres eingegangen 477. Erledigt wurden 476, so dass auf das Jahr 1937 13 Fälle übertragen wurden.

Von den 489 anhängig gewesenen Beschwerden sind erledigt worden durch Nichteintreten	50
» Rückzug oder Gegenstandslosigkeit	3
» Begründeterklärung	102
» Abweisung	321
» Übertrag auf 1937	13
	<hr/>
	489

Gesuche um Pfandschätzungen von Hotelliegenschaften und Stickereibetrieben gemäss dem Bundesbeschluss vom 21. Juni 1935 sind 40 anhängig gewesen, wovon 5 aus dem Vorjahre übernommen. Erledigt wurden 35 und 5 auf das neue Jahr übertragen. Von den erledigten Fällen betrafen 36 Schätzungen von Hotelliegenschaften und 4 das Stickereigewerbe.

Eisenbahn-, Hotel- und Uhrenindustriesanierungen: Im Berichtsjahre waren 29 Gesuche (wovon 10 aus dem Vorjahre übernommen) um Einberufung von Gläubigerversammlungen nach der Verordnung betreffend die Gläubigergemeinschaft bei Anlehensobligationen hängig, und zwar:

- 14 Gesuche von Eisenbahnunternehmungen,
- 12 Gesuche von Hotelbetrieben und
- 3 Gesuche von Verschiedenen.

Die Beschlüsse der Gläubigerversammlungen von 7 Eisenbahnunternehmungen und 7 Hotelbetrieben wurden im Laufe des Berichtsjahres von der 2. Zivilabteilung genehmigt. 1 Geschäft wurde abgeschlossen und auf 2 wurde nicht eingetreten. 12 Gesuche sind noch hängig.

2 Eisenbahngesellschaften haben Nachlassvertragsbegehren eingereicht und sie nachträglich in solche um Einberufung der Gläubigerversammlungen abgeändert. 2 weitere Nachlassvertragsbegehren sind noch aus dem Vorjahre hängig. Von 3 gegen Eisenbahnunternehmungen gestellten Zwangsliquidationsbegehren wurden 2 als gegenstandslos abgeschlossen und eines ist noch pendent.

VI. Eidgenössische Schätzungskommissionen

1. Die Änderungen im Präsidium der Kommissionen sind im allgemeinen Teil dieses Berichtes aufgeführt, im übrigen wird auf den Staatskalender 1937 verwiesen, der die Zusammensetzung der Kommissionen auf den Beginn der neuen bis 1942 dauernden Amtsperiode wiedergibt.

Natur der Streitsache	Gesamtzahl der erledigten Geschäfte	Dauer der Geschäfte								Mittlere Dauer von der Erledigung bis zur Zustellung des Urteils bzw. Beschlusses				
		bis 1 Monat (= 30 Tage)	1 bis 3 Monate	3 bis 6 Monate	6 Monate bis 1 Jahr	1 bis 2 Jahre	Mehr als 2 Jahre	Grösste Dauer	Mittlere Dauer					
								Jahre	Monate		Tage	Monate	Tage	
<i>I. Zivilsachen:</i>														
1. Erst- und letztinstanzliche Prozesse	14	2	1	4	6	1	—	1	1	10	6	28	36	
2. Berufungen	532	89	263	164	16	—	—	—	8	12	2	17	35	
3. Zivilrechtl. Beschwerden	71	27	37	7	—	—	—	—	5	13	1	18	28	
4. Revisionsbegehren, Erläuterungsbegehren und Moderationsgesuche	20	12	7	1	—	—	—	—	4	15	1	4	37	
5. Expropriationen	22	1	5	3	8	10	—	1	6	8	8	18	11	
<i>II. Strafsachen</i>	90	14	42	24	9	1	—	1	—	22	3	2	38	
<i>III. Staatsrechtliche Streitigkeiten</i>	825	185	346	164	69	42	19	7	8	21	3	20	56	
<i>IV. Verwaltungsverrechtliche Streitigkeiten</i>	187	17	93	60	11	4	2	2	1	27	3	16	25	
<i>V. Beschwerden betr. Schuldbetriebs- und Konkurswesen</i>	476	473	3	—	—	—	—	—	2	6	—	7	12	
Total	2237	820	797	427	114	58	21	—	—	—	—	—	—	

2. Den Jahresberichten der Präsidenten entnehmen wir folgende Angaben:

Kreis I: Von drei Geschäften (2 S. B. B. und 1 Kraftwerk) wurden 2 erledigt.

Kreis II: Zwei Geschäfte (1 Schiessplatz, 1 Kraftwerk) wurden erledigt.

Kreis III: Von vier Geschäften (1 S. B. B., 1 Privatbahn, 1 Kraftwerk, 1 Schiessplatz) wurden zwei erledigt.

Kreis IV: Von neun Geschäften (1 S. B. B., 8 Kraftwerke) wurden sechs erledigt.

Kreis V: Von 21 Geschäften (1 Schiessplatz, 1 Denkmal, 6 S. B. B., 1 Privatbahn, 12 Kraftwerke) wurden acht erledigt.

Kreis VI: Von zehn Geschäften (1 Schiessplatz, 1 Zollverwaltung, 2 S. B. B., 1 Privatbahn, 5 Kraftwerke) wurden sechs erledigt.

Kreis VII: Ein im Berichtsjahr eingegangenes Geschäft (Kraftwerk) ist noch pendent.

Genehmigen Sie, Herr Präsident, hochgeehrte Herren, die Versicherung unserer ausgezeichneten Hochachtung.

Lausanne, den 27. Februar 1937.

Im Namen des schweiz. Bundesgerichts,

Der Präsident:

Strebel.

Der Gerichtsschreiber:

Geering.
